

19.02.2019

Entschließungsantrag

**der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP**

zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Ergebnisse der Kohlekommission umgehend umsetzen – Landesregierung muss Klarheit für alle Beteiligten schaffen!“ (Drs. 17/5050)

Herausforderungen bewältigen und Chancen nutzen – Empfehlungen der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ umsetzen, Energie- und Industrieland Nordrhein-Westfalen stärken

I. Ausgangslage

Basierend auf dem Auftrag der Bundesregierung wurde die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ (WSBK) eingesetzt, um einen Ausstiegspfad aus der Kohleverstromung festzulegen. Der Beschluss der WSBK vom 26. Januar 2019 hat das Potenzial, den gesellschaftlichen Konflikt um die Kohleverstromung in Deutschland vor dem Hintergrund von Klimaschutz, wettbewerbsfähigen Strompreisen sowie von Versorgungssicherheit der Strom- und Wärmeversorgung zu befrieden.

Die große Zustimmung der 27 von 28 Mitgliedern war keine Selbstverständlichkeit. Um die nationalen Klimaziele zu erreichen, ist nun ein energiewirtschaftlich, industriepolitisch und gesamtgesellschaftlich sehr ambitioniertes Paket geschnürt worden. Dabei soll gleichzeitig sichergestellt werden, dass die Energieversorgung sicher und bezahlbar bleibt. Daher begrüßen wir die vorgesehenen Revisionsklauseln.

Aus diesem Grund ist der Beschluss der WSBK ganzheitlich umzusetzen. Die empfohlenen Maßnahmen stoßen nur als Gesamtpaket auf Akzeptanz. Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat sich hinter den Beschluss gestellt. Trotz aller Herausforderungen ist er eine Chance für unser ganzes Bundesland. Wenn er vollständig umgesetzt wird, kann das maßgeblich betroffene Rheinische Revier Modellregion für innovative Energie-, Mobilitäts-, Digital- sowie Industrienwendungen mit vielen neuen attraktiven Arbeitsplätzen werden.

Auch Steinkohlekraftwerksstandorte werden in dem Bericht adressiert; Unternehmen und Beschäftigte erhalten Unterstützung und langfristige Planungssicherheit. Standorte von

Datum des Originals: 19.02.2019/Ausgegeben: 19.02.2019

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Steinkohlekraftwerken erhalten bei besonderer Betroffenheit eigene, von den Mitteln für Braunkohlereviere unabhängige, Strukturmittel. Dies schafft eine Perspektive für die betroffenen Standorte im Ruhrgebiet.

II. Beschlussfassung

Der Landtag stellt fest:

1. Der Abschlussbericht der WSBK ist ein erster Schritt für einen Weg aus der Kohleverstromung in Deutschland. Die Umsetzung des Beschlusses ist eine Gemeinschaftsaufgabe. Nordrhein-Westfalen hat als Energie- und Industrieland eine Schlüsselposition in diesem Prozess.
2. Umweltverbände, Gewerkschaften, Wirtschaft und Wissenschaft haben in intensiven Beratungen einen Kompromiss ausgehandelt und vereinbart, den Nordrhein-Westfalen achtet und umsetzt.
3. Der gesellschaftlich gewollte Eingriff in die unsubventionierte Kohleverstromung muss für die Unternehmen, die Beschäftigten sowie die Menschen in den betroffenen Regionen kompensiert werden. Das ist die Aufgabe des Bundes.
4. Die Akzeptanz der Energie- und Klimapolitik in Deutschland ist ein hohes Gut und setzt die Kompromissbereitschaft aller voraus. Forderungen, die über den Kompromiss der WSBK hinausgehen und damit falsche Erwartungen erwecken, gefährden diese Akzeptanz. Zudem dürfen das Rheinische Revier und die Metropolregion Ruhr nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Der Landtag beauftragt die Landesregierung,

1. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Empfehlungen aus dem Abschlussbericht zeitnah und vollständig umgesetzt werden.
2. darauf hinzuwirken, dass der Bund die notwendigen finanziellen Mittel für die im Kommissionsbericht empfohlenen Maßnahmen bereitstellt und dies mit einem Staatsvertrag mit den betroffenen Ländern absichert.
3. die Verhandlungen des Bundes mit tagebaubetreibenden und kraftwerksbetreibenden Unternehmen konstruktiv zu begleiten und planerisch zu berücksichtigen.

Bodo Löttgen
Matthias Kerkhoff
Daniel Sieveke
Henning Rehbaum

und Fraktion

Christof Rasche
Henning Höne
Dietmar Brockes
Ralph Bombis

und Fraktion